

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.



Nr. 6.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratentnahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 8. Februar 1918.

Inserationspreis für die viersp. Zeitspalt 20 Pfg. Erstlingsarbeiten und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Denloerwall 9. Telefonruf E. 1548. — Redaktionsschluss ist Samstag 1. Uhr.

19. Jahrg.

Die Streikbewegung.

Wie vorauszusehen war, ist die Streikbewegung von Oesterreich nach Deutschland weitergeleitet worden. Nach den Sympathieerklärungen der deutschen sozialdemokratischen Parteiführer und der maßlosen, durch alle Zensur in keiner Weise in der Wirkung abgeschwächten Sprache der sozialdemokratischen Presse, war bestimmt damit zu rechnen, daß auch Deutschland das traurige Schicksal politischer Streiks sehen würde. Wie gewöhnlich, nahm die Sache in Berlin, wo die sozialdemokratischen Massen ihre praktische Aufgabe in möglichst radikalem Tun erblickten, ihren Anfang. Doch erreichte der Ausbruch hier lange nicht den erwarteten Umfang. Noch kläglicher verlief die Bewegung in anderen Großstädten und Industriebezirken. Gegenüber der Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter fiel die Zahl der Streikenden kaum ins Gewicht. Inzwischen sind auch diese Teilstreiks derart abgebrochen, daß sie jegliche Bedeutung verloren haben.

Die Ziele der Streikbewegung waren die gleichen wie in Oesterreich. Der großen Mehrzahl der Streikenden ist es wohl überhaupt nicht klar geworden, warum sie in den Ausbruch traten. In der nervösen Stimmung, in der sich die Masse des Volkes infolge der jahrelangen Entbehrungen verständlicher Weise befindet, hat sich die Mehrzahl der Streikenden den radikalen sozialdemokratischen Maulhelden beim Verlassen der Betriebe angeschlossen, ohne jedwede Prüfung, ob der Ausbruch wohl ein geeignetes Mittel ist, befriedigendere Allgemeinverhältnisse herbeizuführen. Meineswegs hat man bemerkt, weshalb gestreikt, um die Geschäfte der weltfremden doktrinären Revolutionären Trotski und Lenin, sowie der friedensfeindlichen Westmächte zu besorgen. Soweit haben nur die Drahtzieher der ganzen Mache gedacht, deren Lebensaufgabe sich darin erschöpft, Unzufriedenheit und Verwirrung zu stiften. Daß derartige Streiks niemals zum Nutzen der Arbeiterklasse oder des deutschen Volkes ausschlagen können, ist jedem Verständigen klar. Darum kann niemand von Schuld freigesprochen werden, der sich an diesen Streiks beteiligte.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hat zur Streikbewegung unterm 30. Januar folgende Erklärung veröffentlicht:

„In Berlin und einigen anderen Stellen im Lande sind in den letzten Tagen größere Teilausstände erfolgt. Vor der Arbeitsniederlegung wurden bestimmte Forderungen nicht aufgestellt. Erst nachträglich wurde ein Streikprogramm mit überwiegend politischen Fragen formuliert. In außenpolitischer Hinsicht will man die schnelle Herbeiführung des Friedens entsprechend dem von den russischen Volksbeauftragten in Brest-Litowsk formulierten Ausführungsbestimmungen. Dieses Verlangen wird zur selben Stunde erhoben, wo unsere Feinde an der Westfront noch auf Preisgabe von Ost-Lothringen durch Deutschland bestanden. In innerpolitischer Hinsicht wurde als hauptsächlichste Forderung aufgestellt: „Die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Männer und Frauen im Alter von mehr als 20 Jahren für den preussischen Landtag.“

Die christlichen Gewerkschaften haben bisher gegen alle Bestrebungen angekämpft, die geeignet waren, Kriegsverlängerung zu wirken, insofern sie nicht ausreichend mit der Ehre und den künftigen Lebensinteressen des deutschen Volkes begründet werden konnten. Sie haben weiter seit Jahren sich für die innere politische Neuordnung, vor allem für die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen während des Krieges mit Nachdruck eingesetzt und sich an allen diesbezüglichen Bestrebungen beteiligt. Unsere maßgebenden Stellen in Deutschland haben seit längerer Zeit zur Beendigung des Krieges getan, was möglich ist. Arbeitsniederlegungen in der gegenwärtigen ersten Stunde verlängern den Krieg, anstatt ihn abzukürzen. Die russischen Bolschewiki wollen nicht in erster Linie einen für beide Teile verträglichen Frieden. Ihr eigentliches Ziel ist vielmehr die Weltrevolution. Mit diesen Bestrebungen gibt es für die christlich-nationalen Arbeiter keine Gemeinschaft. Etwasigen Verschleppungsverfuchen auf dem Gebiete der inneren Reform wird die christlich-nationale Arbeiterbewegung mit Nachdruck entgegenzutreten wissen. Mit einem Streik kann das gleiche Wahlrecht in Preußen bei der gegenwärtigen Sachlage nicht erzwungen werden. Dafür gibt es in den nächsten Wochen und Monate ausreichende andere Mittel. Das klare und unzweideutige Verhalten der christlichen Gewerkschaften in Friedens- und inneren Reformfragen gibt ihnen das Recht, die gegenwärtigen Streiks mit umso

größerem Nachdruck zu verurteilen und ihnen entgegenzutreten. Sie sind als ein verantwortungsloses und verbrecherisches Treiben gegen unsere Kameraden und Volksgenossen an der Front, gegen unser Vaterland, Volk und gegen die wohlverstandenen Interessen der deutschen Arbeiter und ihrer Organisationen gerichtet anzusehen. Die christlichen Gewerkschaften lehnen nicht nur eine Gemeinschaft mit dem gegenwärtigen Streit ab, sondern sie erwarten von ihren Angehörigen, daß sie sich überall Arbeitsniederlegungen widersetzen und sich energisch für die ungekürzte Ausrechterhaltung der Kriegswirtschaft bemühen.“

Was durch die politischen Streiks in Zeiten des Krieges erreicht wird, das haben die christlichen Gewerkschaften in Cöln der dortigen Arbeiterklasse durch ein Anschlagplakat folgenden Inhalts gesagt:

„Arbeiter!
Kollegen und Kolleginnen!
Hütet euch vor politischen Streiks!
Wer streikt
verlängert den Krieg!
Wer streikt
fällt unsern Frontsoldaten in den Rücken!
Wer streikt
verhindert den baldigen Frieden an Ost- und Westfront!
Wer streikt
stärkt die Reaktion!
Wer streikt
verstärkt die Lebensmittelschwierigkeiten!
Wer streikt
übt Verrat an Volk und Vaterland!

Die christlichen Gewerkschaften.“

Als am Morgen des 31. Januar d. J. die in einzelnen metallgewerblichen Betrieben Cölns Streikenden das Plakat erblickten und dazu den in der Presse veröffentlichten Aufruf der christlichen Gewerkschaften sahen, war's gleich mit dem Streit vorbei. Nur recht wenige, deren Zahl ohne Belang ist, sind länger wie einen Tag im Ausbruch geblieben.

Das erste praktische Ergebnis der österreichischen Ausstandsbewegung war eine italienische Offensive. Der der Erschöpfung nahe Italiener hat aus der „österreichischen Revolution“ neuen Mut geschöpft in der Erwartung, Oesterreich sei jetzt so geschwächt, daß es leicht besiegt werden könne. Tausende von österreichischen Soldaten brachte so der Streit um Freiheit, Gesundheit und Leben. — Schon jubelt man auch in England über den durch die „Revolution“ bewirkten Zusammenbruch Deutschlands. Warten wir ab, was uns die nächste Zeit an der Westfront bringen wird! Jedes Zeichen von Schwäche, jede innere Krise bei uns ist unserer Feinde ein Aufsporn, den Krieg zu verlängern, in der Erwartung, daß Deutschlands Zusammenbruch bevorsteht.

Im Innern erreicht man durch Streiks natürlich auch nur das Gegenteil vom Gewollten. Man kann den Feinden des gleichen Wahlrechts tatsächlich keine bessere Waffe zur Bekämpfung dieser Arbeiterforderung in die Hände spielen, als durch die Erbringung des Nachweises, daß die Masse der Arbeiter gar nicht reif für jenes Recht ist. Wer aber heute, in einer Zeit, wo das ganze Volk in höchster Not ist, streikt, um der Volksregierung Schwierigkeiten zu machen, der erbringt tatsächlich den Nachweis, daß ihm die notwendige staatsbürgerliche Erkenntnis abgeht, was Voraussetzung eines jeden politischen Rechtes ist. Gut, daß die Mehrheit der deutschen Arbeiter erkennt, was ihre Pflicht ist. — Eine weitere Folge des politischen Streiks ist im Innern die Verschärfung der militärischen Diktatur. In Berlin ist bereits der Belagerungszustand erklärt. Versammlungen sind verboten. Damit ist jede erspriechliche gewerkschaftliche Tätigkeit unterbunden. Die strengsten Strafen folgen jeder Übertretung irgendwelcher Vorschriften. Darüber darf man sich nicht wundern. So erblickt dann aus den Streiks gerade das Gegenteil von dem Gewollten, zum größten Schaden der deutschen Arbeiter.

Zugegeben, daß der blutigerige Krieg, die ganz erheblichen Nahrungsmittelschwierigkeiten, das Geschrei der Kriegsverlängerer nach Anexionen und ihre Feindschaft gegen innere Reformen eine Stim-

mung erzeugten, in der der Mensch nur zu leicht geneigt ist, „seine ewigen Rechte vom Himmel herabzuholen“ die sozialdemokratische Presse hat, anstatt aufklärend zu wirken, kräftig in das glimmende Feuer geblasen. Nur mit Bedauern bleibt festzustellen, daß man sich an diesen Stellen der großen Verantwortung, die man hat, nicht bewußt ist und so die Schuld für die Ausstandsbewegung daher hier in erster Linie vorliegt. Daneben ist es sehr sonderbar, daß die soziald. Parteileitung sofort nach Ausbruch des Streiks in Berlin offiziell in dessen Leitung eintrat und die soziald. Gewerkschaften ihre Neutralität erklärten. Das ist wirklich sehr sonderbar.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Zur Inerente der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 6. Wochenbeitrag im Jahr 1918 für die Zeit vom 3. Februar bis 9. Februar fällig ist.

Die Genehmigung zur Erhöhung des wöchentlichen Ortsbeitrages um 15 Pfg. erhalten die Zahlstellen Baulzen und Welle, um 10 Pfg. die Zahlstelle Laupheim.

Das Inhaltsverzeichnis des Jahrganges 1917 des „Holzarbeiter“ kann von der Geschäftsstelle des Verbandes bezogen werden. Bestellungen werden umgehend erbeten.

Lohnbewegung.

Die Lohnerhöhung am 15. Februar. Am 15. Febr. d. J. werden in allen Städten, wo der Arbeitgeber-Schupperverband für das Deutsche Holzgewerbe mit den Arbeiterorganisationen im Vertragsverhältnis steht, die Stundenlöhne aller Holzarbeiter um 5 Pfg. erhöht. Wir verweisen auf die in Nummer 49 vom Jahre 1917 des „Holzarbeiter“ enthaltene Vereinbarung. Wo sich Schwierigkeiten bei der Durchführung der Lohnerhöhung ergeben, verständige man die Vertragsinhaber. — Da die Vereinbarung von den Kriegsamtern anerkannt ist, gelten die hier gegebenen Lohnsätze als Norm für das ganze deutsche Holzgewerbe. Es erwacht so allen Verbandsmitgliedern die Pflicht, dahin zu wirken, daß die vereinbarten Lohnsätze und Lohnerhöhungen im ganzen Reich zur Geltung kommen.

Tarifverhandlungen für das Holzgewerbe im rhein-westf. Industriegebiet. Wie bereits berichtet, haben unsere Bestrebungen auf Verbeiführung einer Verständigung mit dem Rhein-Westf. Tischlerinnungsverband und dem Westfälischen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe nicht zu einem befriedigenden Resultat geführt und waren wir deshalb gezwungen, die bestehenden Verträge zum 15. Januar d. J. zu kündigen. Durch das Kriegsamt in Münster wurden daraufhin die Beteiligten zum 2. Januar zu einer Verhandlung nach Essen in das Innungshaus geladen. Die Verhandlungen wurden geleitet von Herrn Hauptmann Ruischer, der auch die Verhandlungen im Februar des vergangenen Jahres geleitet hat. Herr Hauptmann Ruischer wies in seiner Einleitung darauf hin, daß es im Interesse beider Teile sowohl, als im allgemeinen Interesse liege, einen Weg der Verständigung zu suchen, um einer vertragslosen Zeit vorzubeugen. — Unsererseits wurden die Mühen hervorgehoben, die wir uns bisher gegeben, um mit den beiden Arbeitgeberverbänden zu einer Verständigung zu kommen. Man könne den Holzarbeitern des Industriegebietes nicht zumuten, hier unter wesentlich ungünstigeren Arbeitsbedingungen als diese im übrigen Deutschland gelten, zu arbeiten. Was andernorts möglich und durchführbar gewesen, könne hier nicht unmöglich sein. Seit mehr als fünf Monaten warteten unsere Kollegen auf die Durchführung ihrer berechtigten Wünsche. Inzwischen seien neue Vereinbarungen im November in Berlin getroffen worden, und noch seien die vorhergegangenen Abmachungen vor den Arbeitgebern im Industriegebiet nicht aner-

famt. Herr Hauptmann vom Innungsverband betonte demgegenüber, die Arbeitgeber seien zu einer Erneuerung der Verträge auf der alten Grundlage bereit, aber die Arbeiter verlangten eine wesentliche Minderung der Tarifverträge, und dafür seien sie nicht zu haben. Die Arbeitgeber lehnten die geforderten Mindestlöhne unter allen Umständen ab. Eine Festsetzung der Frauennarbeitslöhne erübrige sich, da im Vertragsgebiete weibliche Arbeitskräfte kaum beschäftigt würden. Ebenso müßten sie die geforderte Arbeitszeitverkürzung ablehnen. Zudem seien für die Städte Essen, Dortmund, Bochum und Hagen jetzt noch geltende Abmachungen getroffen. — Unsere eingehenden Darlegungen und Entgegnungen auf die einzelnen beanstandeten Punkte vermochten nicht, die Herren zu einer anderen Stellungnahme zu veranlassen und nach mehrstündiger Verhandlung schlug Herr Hauptmann Rüdiger vor, die Verhandlungen getrennt weiter zu führen, welchem denn auch beiderseits zugestimmt wurde. Die weiteren Verhandlungen mit Herrn Hauptmann Rüdiger ließen dann im Laufe des Nachmittags die Hoffnung aufkommen, als ob es doch noch möglich sein werde, zu einer Verständigung zu kommen, was jedoch leider nicht der Fall war. Bezüglich der materiellen Differenzpunkte war eine weitere Annäherung zu verzeichnen, doch genügte diese zur Verständigung nicht. Die Arbeitgeber erklärten sich jedoch bereit, wegen der noch bestehenden Differenzpunkte mit ihrer Auftraggebern in Verbindung zu treten und deren Meinung einzuholen. Nach drei Wochen soll dann ein weiterer Versuch zu einer Einigung unternommen werden. — Da es demnach nicht ausgeschlossen ist, daß trotz der noch bestehenden erheblichen Differenzen eine Verständigung zustande kommen kann, wollen wir es vermeiden, auf Einzelheiten der Verhandlung einzugehen. Statt dessen sei der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß durch ein weiteres Entgegenkommen der Arbeitgeber unsere berechtigten Forderungen doch noch erfüllt werden.

Tarifverlängerung im rheinisch-westfälischen Tapezierergewerbe. Die mit dem Schugverband der Möbel- und Dekorationsgeschäfte von Rheinland und Westfalen abgeschlossenen Tarifverträge für das Tapezierergewerbe in Köln, Düsseldorf, Essen, Elberfeld, Barmen, Duisburg, Wagnum und Dortmund abgeschlossenen Tarifverträge sind um ein Jahr verlängert worden. An dem Vorstand der laufenden Verträge wurden nur die Bestimmungen über die Lohnbemessung geändert. Auf alle gezahlten Löhne erfolgt am 15. Februar d. Js. ein Aufschlag von 10 Pfg. und am 1. April d. Js. ein solcher von 7 1/2 Pfg. Damit steigt die Lohnzulage auf 30 Pfg. die Stunde. Der tarifliche Mindestlohn für Ausgelernte wurde auf 54 Pfg. normiert, jedoch er einschl. der Lohnzulage 64 Pfg. beträgt. Für Gehilfen ein Jahr nach beendeter Lehrzeit beträgt der Mindestlohn 62 Pfg. einschl. der Lohnzulage 72 Pfg. Vier Jahre nach beendeter Lehrzeit beträgt der Durchschnittslohn 85 Pfg., der Mindestlohn 76 1/2 Pfg. Der Durchschnittslohn erhöht sich durch die Lohnzulage auf 1,15 Mk., der Mindestlohn auf 1,06 1/2 Mk. — Bei weiteren Fortschritten der Lohnzulage soll eine erneute Beratung über weitere Preiserhöhungen stattfinden. — Die verlängerten Verträge laufen bis zum 15. Februar 1919. Werden sie sechs Wochen vor Ablauf nicht gekündigt, so laufen sie jeweils ein weiteres Jahr.

Tarifverhandlungen im rheinischen Brauergewerbe, an denen die Mitglieder unserer dortigen Schaff-Gruppe beteiligt sind, gestalteten sich recht langwierig. Von der Arbeiterschaft wurden die Forderungen, Bezahlung der Sonntagarbeit (dieser war größtenteils im Wochenlohn mit eingerechnet), Umrechnung der bisherigen Lohnzulagen auf die Grundlöhne und eine weitere Lohnzulage von 6 Mk. die Woche gefordert. Die Arbeitgeber wollten grundsätzlich von einer Minderung des Tarifes nichts wissen. Ganz besonders hielten sie es für unannehmlich, während des Krieges eine Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern. Nach mehrmaligen Verhandlungen und zuletzt durch Schlichtung des Einigungsamtes des Gewerbergerichts, kam es zum Abschluß des Vertrages, der bis 31. Dezember 1918 gilt. Erreicht wurde der Samstagarbeitslohn um 4 Uhr, Bezahlung der Sonntagarbeit, Lohnzulagen 2 Mk. für Jugendliche, 3 Mk. für Frauen und 5 Mk. für männliche Arbeiter. Diese Zulagen erhöhen sich am 1. April auf 3, 4 und 6 Mk. Werden die Schlichter an den nächstfolgenden Feiertagen zur Arbeit herangezogen, so erhalten sie den Ueberstundenlohn. Für Verhandlungen aus Lagerhäusern wird eine Zulage von 5 Pfg. gewährt. Die Verhandlungen haben

deutlich gezeigt, daß die Arbeitgeberorganisation im Brauergewerbe gut entwickelt hat. Mögen nun auch die Arbeiter die Anwendung daraus ziehen und für den weiteren Ausbau ihrer Organisation Sorge tragen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Köln. Am Sonntag den 27. Januar fand bei gutem Besuch die Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle statt. Der Geist des erfreulichen Aufschwunges, den die Zahlstelle im letzten Jahre, allen Kriegsschwierigkeiten zum Trotz, genommen hat, belebte die Versammlung. Vorsitzender Kollege Jochheim einleitend in ehrenreichen Worten des Ausgangs Dezember zur das Vaterland vertorbenen Kollegen Webers. Bei Erörterung des Kassenergebnisses wurde mit besonderer Befriedigung festgestellt, daß die erfreuliche Mitgliederentwicklung des letzten Jahres sich auch in einer gesunden Aufwärtsentwicklung der Finanzen zeigt. Es stieg das Vermögen der Kassa im Jahre 1917 von 8947,41 Mk. auf 10270,07 Mk. — Den Geschäftsbericht gab der 2. Vorsitzende Kollege Angermaier. Er sei besonders zu beachten, daß das Vormärtskommen der Zahlstelle dem modernen Zusammenarbeiten der Vertrauensleute mit dem Vorstand in erster Linie zu danken sei. Ohne Ortsbeamten müßten die Erfolge erreicht werden. Das Anwachsen der Mitgliederzahl hat leider im letzten Quartal des Jahres nicht angehalten. Die rege Bauaktivität in der Kriegsin- dustrie, die im 2. und 3. Quartal günstige Agitationsmöglichkeiten bot, stieß gegen Ende des Jahres. Ein Teil der für diese Bauarbeiten rekrutierten Holzarbeiter mußte wieder zum Militär zurück und ging so dem Verbands zunächst wieder verloren. — Günstig zeigte sich das Gesamtbild der in zahlreichen Lohnbewegungen für die Kollegen erzielten Erfolge. — In voller Einmütigkeit wurde die Vorstandswahl für das neue Jahr getätigt. Einstimmig wurde der gesamte alte Vorstand wiedergewählt. Die Generalversammlung gab ihre Zustimmung zu den Vorstandsberichten der letzten Zeit. — In der Meinung der Zahlstellengäste wird ab 1. Februar infolge einer Aenderung eintreten, als vor vom Heresdienst zurückgekehrte Kartellsekretär Kollege Kaiser die Stelle eines Ortsbeamten mitversehen wird. Im Schlußwort appellierte Kollege Jochheim an weiteres, einmütiges und zielbewusstes Zusammenarbeiten für den Verband.

Oberdorf. Der dieses am Redar gelegene, durch den Namen Mauser in aller Welt bekannte Städtchen vor dem Kriege gesehen und heute wieder sieht, dürfte beinahe in Zweifel geraten, am richtigen Orte zu sein. Die im Tale erstellten Neubauten der Maschinenfabrik, die riesigen Schornsteine, die zum Himmel ragen und die Arbeiterriedung auf dem rechten Redarufer, brüden dem sonst noch ziemlich bürgerlichen Städtchen den Stempel der Industriestadt auf. Das ganze Bild zeugt von einer gewaltigen Umwälzung, einem industriellen Aufschwung, der sich auch zahlenmäßig an der Arbeiterschaft insofern zeigt, als zur Friedenszeit periodisch höchstens 2000—2500, während des Krieges dagegen 5—6000, ja sogar bis 7000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt waren. Wie steht es aber mit dieser Arbeiterschaft? Rang auch bei ihr eine Aufwärtsentwicklung festgestellt werden? Gewiß! Aber noch lange nicht in dem Maße, wie es in ihrem Interesse gelegen wäre. Das Jahr 1917 könnte ja wohl eine Wende in der Geschichte der Oberdorfer Arbeiterbewegung darstellen, wenn nicht noch ein großer Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen der Organisation sich ablehnend, wenn nicht gar feindselig gegenüber stellten. „Wir wollen erst mal sehen, was die Organisation zu leisten im Stande ist.“ So und ähnlich klangen vor einem Jahr die harschen Fragen der unzufriedenen Arbeiter. Heute sind wir als Arbeiter, die sich zusammenschließen, um als Männer, Arbeiter und Familienväter ernstlich ihre Interessen, ihre Rechte im Arbeitsverhältnis wahrzunehmen. Wer hätte im Jahre 1914 nicht gedacht, wenn die deutschen Soldaten den Standpunkt eingenommen hätten: „Wir wollen erst mal sehen, was Hindenburg an der Spitze zu leisten im Stande ist, und wenn er die Russen zwingt, dann wollen wir, nein, dann brauchen wir nicht mehr mitzumachen.“ Damals dürfte jenen genügt gezeigt sein, die da glauben, erst gewinnen zu müssen und dann erst die Wahl haben, ob sie zugehen.“ Gewiß, hat man die Wahl? Ist es aber nicht schon immer nur ernten, aber ja nicht säen zu wollen? Was haben denn die Organisationen im vorigen Jahre geleistet? Antwort: „Das, was heute der unorganisierte Arbeiter, die unorganisierte Arbeiterin ebenso ungern verlieren würde, als sie Verbandsmäßigkeiten geminnen will. Wir wollen daher nicht veräumen, auch an dieser Stelle den Oberdorfer Holzarbeitern, falls sie es vergessen haben sollten, nochmals ins Gedächtnis zurückrufen, was die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1917 hier geleistet haben: 1. Die Anerkennung der Organisationen seitens der Firma, beziehungsweise der Direktion. (Wie war es früher?) 2. Die Schaffung des Arbeiterausschusses; 3. Die Lohnzulagen für Arbeiter mit gewanntem Haushalt; 4. Die Lohnzulagen (1 Million) für männliche Arbeiter und Arbeiterinnen; 5. Die Lohnregulierung. Angehts dessen fragen wir uns: Ist dies nicht genug, ja nicht zu viel für eine uninteressante, zum Teil im höchsten Maße selbstverständliche Arbeiterschaft? Ein großer Teil ist auch der Ansicht, nun seien die Aufgaben der Gewerkschaften erledigt und sei deshalb ein Organisieren jetzt zwecklos. Zwecklos allerdings nur für den, der nicht weiter geht, als ihm die Nase reicht. Wir werden noch manches zu regeln haben, woraus der Arbeiter ein Recht hat und wo er allein nicht im Stande ist zu regeln. Aber dazu brauchen wir standesbewusste Arbeiter und Arbeiterinnen, eine Angehörigen und Speisesteller, die ebensowenig unsere Freunde wie die des Arbeitgebers sein können. Wir sind ge-

wohnt, nicht Dank und Anerkennung zu ernten, aber wir haben ein Recht zu fragen: „Wo bleibt die Arbeiterschaft? Wo ihr vorjähriges Versprechen? — Daher auch wieder der Ruf: „Oberdorfer Arbeiter, organisiert Euch!“

Gewerkschaftliches.

Disziplin!

Manches Mitglied unseres Verbandes, das in großen Betrieben vereinzelt zwischen radikalen Sozialdemokraten arbeitet, wird sich, wenn die Parole zum politischen Streik kommt, mit Zweifeln plagen, ob es ratamer ist, stehen zu bleiben oder ebenfalls den Betrieb zu verlassen. Nicht als ob unsere Mitglieder derartige Streiks billigten. Das hat es niemals gegeben und wird es auch in Zukunft nicht geben. Als Gewerkschafter erkennen wir die Waffe des Streiks nur in solchen Fällen an, wo durch sie eine Beeinflussung des Arbeitsverhältnisses möglich ist. Wenn trotzdem hier und da bei Mitgliedern des Verbandes Bedenken aufkommen, ob sie gegen den breiten und reichenden Strom des Radikalismus anschwimmen sollen, so liegt dem nur die Erwägung zugrunde, ob sie nicht dauernd dadurch ihren Arbeitsplatz verlieren, indem es ihnen unmöglich wird, sich infolge der ihnen von den radikalen Elementen drohenden Behandlungsweise im Betrieb zu halten.

Auch diese Bedenken haben wir in der gegenwärtigen Zeit zurückzuführen, zumal wir sie im Verband auch noch niemals haben gelten lassen. Selbst, wo Mitglieder unseres Verbandes vereinzelt unter radikalen Kurarbeitern stehen, ist es ihre heiligste Pflicht, mit dem Einzug der ganzen Persönlichkeit, den sinnwidrigen und arbeiterschädigenden politischen Streiks entgegenzutreten. Nur Watschlappen werden sich ohne weiteres unter das radikale Joch beugen. Wenn aber der christliche Gewerkschafter von vornherein ordentlich durchspricht und erkennen läßt, daß er unter keinen Umständen irgendwelche Verwickelungen mitmacht, so wird er gewiß unter seinen Mitarbeitern immer noch vernünftige Menschen finden, die seinen Standpunkt würdigen. Verderb konnte der Radikalismus auch nur deshalb so weite Kreise der deutschen Arbeiter in seinen Bann ziehen, weil die vernünftigen Arbeiter viel zu schweigsam sind. Nur weil die radikalen Elemente des von einem kleinen Hirn geleitete Maul so weit aufreißt, wird ihnen Folge geleistet.

Bernunft, Pflicht und Ehre verbieten es, uns den radikalen Helfern, die im Streik das Allheilmittel gegen alle Beschwerden sehen, auch nur in etwa zu folgen. Ein überzeugter christlicher Gewerkschafter kann und darf da nicht verfallen, selbst wenn er mit allen möglichen Eitonen im Betrieb zu stehen hat. Wer seine Arbeit verfehlt und ein aufrichter, freier Mann ist, der wird sich ableiten lassen den nötigen Reiz zu verschaffen wissen. Nichts wird ihn abhalten, der von seiner Organisation gegebenen Parole, daß ein politischer Streik in der gegenwärtigen Zeit Vaterlandsverrat ist, zu folgen. Draußen vor der Tür stehen unsere Arbeitsbrüder unter Einsatz ihres Lebens gegen den äußeren Feind. Unsere Pflicht ist es, die Helfer der äußeren Feinde, die im Innern stehen, abzuwehren. Nur ein Feigling wird in diesem Kampfe seinen Posten verlassen!

Soziale Rundschau.

Entschädigung für Feiertage. Eine neue Verordnung des Bundesrats regelt die Frage der Entschädigung für Feiertagen in kriegswichtiger Betriebe der Rüstungs- und Ernährungsindustrie, die sich infolge Kohlenmangel ergeben. Die Bestimmungen beziehen sich nur auf solche Einstellungen und Beschränkungen der Arbeit, die in die Zeit vom 2. Januar bis 31. März 1918 fallen und unmittelbar oder mittelbar durch Kohlenmangel herbeigeführt sind. Die Entschädigung wird für die Stunden gewährt, um welche die betriebsübliche Wochenarbeitszeit (ohne Ueberstunden) gekürzt wird, sofern es den Arbeitgebern nicht ermöglicht wird, gegen einen der Entschädigung mindestens gleichwertigen Lohn geeignete andere Arbeit zu übernehmen. Wer durchschnittlich weniger als das Doppelte des auf Grund der Reichsversicherungsgesetzgebung festgesetzten Ortslohnes verdient, erhält seinen vollen durchschnittlichen Verdienst für die ausfallenden Arbeitsstunden; wer mehr als das Doppelte verdient, erhält sieben Zehntel seines durchschnittlichen Verdienstes, jedoch mindestens das Doppelte und höchstens das Vierfache des Ortslohnes. Die durch die Entschädigung entfallende Belastung trägt für fünf volle Arbeitstage oder die ihnen entsprechende Anzahl von Stunden der Arbeitgeber allein. Für den sechsten Arbeitstag wird keine Entschädigung gewährt, während für die fernere Zeit zwei Siebentel der Entschädigung der Arbeitgeber und fünf Siebentel das Reich trägt.

Die gemeinnützige Deutsche Kassenversicherung K. O.

ist geöffnet für die Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands. In 4 Jahren lang ist es allen Verhältnissen unserer Mitglieder Rechnung: Eigene Altersversicherung; Versorgung von Frau und Kind; Sicherstellung eines Kapitals für die Lehrzeit, Militärzeit, Ruhe der Lehrer; Unfallschutz. Alle Leistungen stehen den Versicherten zu. Mithinverpflichtung jedes. Beschäftigten! Keine sonstige Unterstützung! Nach dem Ableben der Witwen versichert werden. — Besondere und unentgeltliche Auskunft in allen Fragen durch den Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (24. Kassenverwaltung) — Köln a. Rh., Bismarckstr. 9. — Besondere Berücksichtigung an allen Orten gegen Entschädigung für ihre Leistungen sind willkommen.

Angaben der Zahlstellen.

Köln. Die Geschäftsstunden auf dem Büro unserer Ortsverwaltung (Bismarckstr. 9, parterre) sind festgelegt: Wochentags: jeden Abend von 1/7 bis 8 Uhr; Samstag von 4 bis 8 Uhr; Sonntag: von 10 bis 12 Uhr vormittags. **Dortmund.** Zur Erledigung der Zahlstellengeschäfte ist ein Mitglied des Vorstandes jeden Freitag, abends von 6—8 Uhr und Sonntag vormittags von 11—1 Uhr auf unserem Büro Bismarckstr. 66, anzufragen. **Frankfurt a. M.** Geschäftsstunden unserer Zahlstelle sind Montag und Freitag von 1/7 bis 1/8 Uhr abends, Sonntag vormittags von 11—12 Uhr auf dem Büro Bismarckstr. 22 II. Nur in dringenden Fällen wollen sich die Mitglieder an die Privatadresse des Kassierers Kollegen Anton Kopp, Allee 61 III, wenden.

Vollständiges Werkzeug eines Zimmermanns.

der im Felde gefallen; sehr gut erhalten, zu verkaufen. v. Krieger, Oberlahnstein a. Rh.

Kombinierte Sähhilfsmaschine

für elektrischen Betrieb gegen baar zu kaufen gesucht. Fric, Eberhardstraße 26/28.